

Erklärung.

Heiße Kämpfe haben unser Vaterland geübt zu einem mächtig aufstrebenden Reiche. Diese Einheit ist errungen worden dadurch, daß im Volksbewußtsein der Deutschen das Gefühl der notwendigen Zusammengehörigkeit den Sieg über die Stammes- und Glaubensgegensätze davontrug, die unsere Nation wie keine andere zerklüftet hatten. Solche Unterschiede den einzelnen Mitbürger entgelten zu lassen, ist ungerecht und unedel und trifft vor Allem diejenigen, welche ehrlich und ernstlich bemüht sind, in treuem Zusammengehen mit der Nation die Sonderart abzuwerfen. Von ihnen wird es als ein Treubruch derer empfunden, mit denen sie nach gleichen Zwecken zu streben sich bemüht sind, und es wird dadurch verhindert, was das gemeinsame Ziel ist und bleibt: die Ausgleiche aller innerhalb der deutschen Nation noch von früher nachwirkenden Gegensätze.

In unerwarteter und tief beschämender Weise wird jetzt an verschiedenen Orten, zumal den größten Städten des Reichs, der Racen- und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen unsere jüdischen Mitbürger gerichtet. Vergessen wird, wie viele derselben durch Fleiß und Begabung in Gewerbe und Handel, in Kunst und Wissenschaft dem Vaterlande Nutzen und Ehre gebracht haben. Gebrochen wird die Vorschrift des Gesetzes wie die Vorchrift der Ehre, daß alle Deutschen in Rechten und Pflichten gleich sind. Die Durchführung dieser Gleichheit steht nicht allein bei den Tribunalen, sondern bei dem Gewissen jedes einzelnen Bürgers.

Wie eine ansteckende Seuche droht die Wiederbelebung eines alten Wahns die Verhältnisse zu vergiften, die in Staat und Gemeinde, in Gesellschaft und Familie, Christen und Juden auf dem Boden der Toleranz verbunden haben. Wenn jetzt von den Führern dieser Bewegung der Reiz und die Mißgunst nur abstract gepredigt werden, so wird die Masse nicht säumen, aus jenem ziellosen Gerede die praktischen Konsequenzen zu ziehen. An dem Vermächtnis Lessings rütteln Männer, die auf der Kanzel und dem Katheder verkünden sollten, daß unsere Kultur die Forderung des jüdischen Stammes überwinden hat, welcher einst der Welt die Bereicherung des einigen Gottes gab. Schon hört man den Ruf nach Ausnahmestellen und Ausschließung der Juden von diesem oder jenem Beruf und Erwerb, von Auszeichnungen und Vertrauensstellungen. Wie lange wird es währen, bis der Haufen auch in diesen einstimmt?

Noch ist es Zeit, der Verwirrung entgegenzutreten und nationale Schmach abzuwenden; noch kann die künstlich angefachte Leidenschaft der Menge gebrochen werden durch den Widerstand besonnener Männer. Unser Ruf geht an die Christen aller Parteien, denen die Religion die große Botschaft vom Frieden ist; unser Ruf ergeht an alle Deutschen, welchen das ideale Erbe ihrer großen Fürsten, Denker und Dichter am Herzen liegt. Vertheiligt in öffentlicher Erklärung und ruhiger Belehrung den Boden unseres gemeinsamen Lebens: Achtung jedes Bekenntnisses, gleiches Recht, gleiche Sonne im Wettkampf, gleiche Anerkennung tüchtigen Strebens für Christen und Juden.

Berlin, den 12. November 1880.

Professor Dr. med. Albrecht, — Prof. Dr. Arndt, — G. F. Arndt, Vizepräsident der Berliner Kaufmannschaft, — Prof. Dr. Auer, Sekretär der Akademie der Wissenschaften, — Real-Schuldirector Dr. Bach, — Beisitzer, Abgeordneter und Syndikus der Berliner Kaufmannschaft, — Stadtschulrath Prof. Dr. Bertram, — Professor Bruns, Doctor der Rechte, — Dr. Cauer, Stadtschulrath, — G. Conrad, Präsident der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, — Contentius, Rechtsanwalt, — A. Delbrück, Ältester der Berliner Kaufmannschaft, — G. Dietrich, Vizepräsident der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, — Prof. Dr. Droysen, — Geh. Regierungsrath Bürgermeister Dunder, — Commerzienrath Eger, — Dr. Engel, Geheimrer Ober-Regierungsrath, — Ab. Enslin, Verlagsbuchhändler, — Oberbürgermeister Dr. von Forckenbeck, — Professor Dr. Förster, Director der Sternwarte, — A. Frenzel, Ältester der Berliner Kaufmannschaft, — Dr. Gallentamp, Gewerbeschuldirector, — Geh. Commerzienrath Fr. Gelpke, — Stadthalter Gesenius, — Prof. Dr. Gneiss, — Commerzienrath G. Hergersberg, — Hermes, Stadtrath, — Prof. Dr. Hofmann, zur Zeit Rektor der Universität, — Professor Dr. Hofmann, Gymnasialdirector, — Dr. Friedrich Kapp, — Karsten, Rechtsanwalt, — Zul. Kauffmann, Ältester der Berliner Kaufmannschaft, — Professor Kirchhoff, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, — G. Keibel, Ältester der Berliner Kaufmannschaft, — Dr. Körte, Geheimrer Sanitätsrath, — H. Kochmann, Ältester der Berliner Kaufmannschaft, — Geh. Ober-Reg.-Rath a. D. Kiesel, Abgeordneter, — Koffka, Rechtsanwalt, — Landgerichtsdirector Kowalzig, — Krebs, Rechtsanwalt, — Dr. Kürsten, Stadtverordneter, — Laue, Rechtsanwalt, — Lefse, Rechtsanwalt, — Landgerichtsdirector Lessing, — Dr. Lisco, Prediger, — Prof. Dr. Th. Mommsen, — Noldeke, Stadtrath, — P. Parey, Verlagsbuchhändler, — Hans Reimer, Buchhändler, — Geheimrer Medicinalrath Reichert, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, — Ricker, Abgeordneter, — Runge, Stadtrath, — Sarre, Stadtrath, — Dr. Schröder, Professor der Medizin, — Schmeibler, Prediger, — Schrader, Eisenbahn-Director, — Schröder, Kammergerichtsrath, — Professor Dr. Schwalbe, Real-Schuldirector, — Dr. Werner Siemens, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, — Dr. Georg Siemens, Director der Deutschen Bank, — G. Stephan, Geh. Commerzienrath, — Stephan, Regierungs- und Landes-Oekonomie-Rath a. D., — Struve, Abgeordneter, — Stubenrauch, Rechtsanwalt, — Dr. Thomas, Prediger, — Prof. Dr. Birchow, — Vollgold, Commerzienrath, — Professor Dr. Wattenbach, — Professor Dr. Weber, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, — Dr. Wegscheider, Geh. Sanitätsrath, — Dr. Max Weber, Stadtrath und Abgeordneter, — v. Wilkowski, Rechtsanwalt, — Zelle, Stadtsyndicus.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. November.
11 Uhr. Am Ministerisch Maybach, Bitter, Friedberg, von Buttlar, von Bötticher und Lucius mit zahlreichen Commissarien. Die Tribünen sind, wie gestern, überfüllt.

Eingegangen ist ein Gesuchentwurf zur Abänderung und Ergänzung des

Gesetzes, betreffend die Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung von Wittwen- und Waisenfürsorge für Elementarlehrer vom 22. December 1859.

Die erste Beratung des Staatshaushaltsetats für 1881/82 und des Antrages Richter wird fortgesetzt.
Abg. Richter erklärt sich zunächst in Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Etats mit dem Abg. von Heyden für die Ueberweisung einzelner Specialsetats an die Budget-Commission mit dem Vorbehalt, mit einzelnen Titeln je nach Umständen ebenso zu verfahren, aber gegen die Ueberweisung des Etats der Eisenbahnverwaltung an eine besondere technische Commission, da es sich zunächst nur um die finanzielle Prüfung dieses Etats handelt. Sodann wendet er sich gegen die gestrige Aeußerung von Heyden's, Richter habe wenig vom Etat gesprochen, er aber sei in letzter Zeit nicht in Volksversammlungen gewesen und werde nur sagen, was in die Staatsberatung gehört. Hat Richter denn gestern Dinge erzählt, die sich für Volksversammlungen, aber nicht für Volksvertretungen eignen? (Ja! richtig.) Mögen doch die Herren sich von ihrem intimen Fraktionsgenossen Richter unterrichten lassen, was man in Volksversammlungen vorbringt! Seit 1878 treiben wir hier und die „Provinzial-Correspondenz“ eine Politik, die auf nichts anderes gerichtet ist, als um „den Anschauungen der Bevölkerung Rechnung zu tragen“, wie der Finanzminister sich euphemistisch ausdrückt, namentlich vor den Wahlen; nach den Wahlen pflegt eine andere Tonart einzutreten. Angriffe, wie der gestrige des Herrn von Heyden gegen Camp-Hausen könnten in einer Volksversammlung nicht gemacht werden, ohne eine Erwiderung herbeizurufen.

Auch in dem stenographischen Bericht seiner Rede, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt, nimmt der Etat noch nicht zwei von nahezu sechs Spalten ein. Der Rest handelt von Steuern, Finanz-, Wirtschafts- und Reichspolitik. Und das ist die natürliche Folge dieser Politik, die das Reich mit den Finanzen der Einzelstaaten, jetzt leider sogar auch mit denen der Communen verquittet. Auch der Finanzminister sprach nur wenig vom Etat, er hatte mehr zu thun: er mußte entwickeln, warum das Reich 110 Millionen Mark neue Steuern braucht und warum dann der arme Mann entlastet werden soll. Mit Schmerz hat mich der Angriff des Abg. v. Heyden gegen Camp-Hausen erfüllt. Als Fakt im Amt war, wie haben Sie ihn mit Lob überschüttet und den großen Staatsmann gerühmt, der eine neue Aera auf dem Gebiet der Schule und Kirchenpolitik einleitete. (Rachen richtig.) Als er nicht mehr Minister war, da waren Sie die Ersten, die ihn auf's Heftigste angriffen, und wir mußten ihn schämen, obwohl er nicht unser Parteigenosse, sondern Mitglied der Freiconservativen. „Man ist sich darüber klar, was die Willkür hat verschwinden lassen“, sagte Herr von Heyden gestern in Bezug auf Camp-Hausen, man weiß, wer dem Actien-Schwindel die Wege geebnet hat; man wird diese Verhältnisse nicht verwechseln, die Leute im Lande sind darüber klar.“ Ich habe zu viel Ruhe und Kaltblütigkeit, um auf diesen Angriff so zu antworten, wie er es verdient. Aber kann der Abg. v. Wedell (Malchow), der Fraktionsgenosse v. Heyden's, damit einverstanden sein, er, der die Finanzpolitik Camp-Hausen's so oft in schöner Rede vertheidigt hat? Und die hier anwesenden Räte am Regierungstisch, die noch unter Camp-Hausen gearbeitet haben, welches Zeugnis müssen sie in ihrem Innern ablegen? In keiner Volksversammlung dürfte man dergleichen sagen.

Die von Frankreich gezahlten 1397 Millionen Thaler sind im Kriegsministerium verschwunden mit Ausnahme einer Summe, von der auf Preußen 133 Millionen entfielen und ich habe keinen Vorwurf gegen irgend eine zum Schutz der Sicherheit des Landes getroffene Maßregel. Von der auf Preußen entfallenen Rate sind 1873—75 78 1/2 Millionen Mark zur Tilgung von Schulden und 218 Millionen zu Eisenbahnbauten verwendet. Da sind die Milliarden geblieben und Herr v. Wedell hat diese Vermendung damals sehr lebhaft unterstützt. An der Eisenbahnfrage ist Camp-Hausen zu Grunde gegangen. Bismarck erklärte öffentlich, daß er mit ihm nicht habe auskommen können, da er ihn Schritt für Schritt in der Ausführung der Reichseisenbahndee behintert und zwar in einer Form, die, wie der Reichszähler sich ausdrückte, den Charakter einer persönlichen Kränkung annahm. Unter Camp-Hausen wurden 415 Millionen Staatsschulden getilgt, dagegen 900 Millionen für neue Eisenbahnbauten ausgegeben. Widerwillig ging Camp-Hausen an die Sache heran, die Rechte trat für den Bau von Berlin-Wetzlar ein und Richter und ich erklärten schon damals, daß unsere Eisenbahnwirtschaft seit 10 Jahren der Grund der Verwirrung unserer Finanzen und des Deficits sei. Man denke nur an die Vergrößerung dieser 900 Millionen! Der Minister Camp-Hausen hat auch einen Steuererlaß gebracht, ohne fortwährend von Entlastung des armen Mannes zu sprechen, aber er war eine wirkliche Entlastung, der keine Belastung gegenüberstand. Unter seiner sogenannten „Mittelwirtschaft“ wurden 35 1/2 Millionen an Steuern erlassen, das Chausseegeld (5 Millionen) aufgehoben, 9 Millionen Klassensteuer erlassen und 11 Millionen Dotationen den Provinzen und Kreisen gewährt. Haben Sie das Alles vergessen? Und Camp-Hausen soll dem Actien-Schwindel die Wege geöffnet haben? Seit langer Zeit war der Börse kein Minister verhasster als er — die Vorlesblätter haben es zur Genüge bewiesen — denn er kannte das Geschäft und mußte, wie man dem Schwindel entgegentritt. Hätte ein Mann, wie er, bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen dem zugestimmt, daß die heute volée der Börse an diesem Staatsgeschäfte Millionen verdiente? Er hätte das verhindert und den Staat gegen Nachtheil geschützt.

Herr v. Heyden spricht auch mehrfach von der Besserung im Etat in Folge der neuen Wirtschaftspolitik, nachdem die alte durch Aufhebung vieler Zölle und die Weitbegünstigungsklausel unter Land der Einfuhr offen gelegt habe, während das Ausland sich gegen die Einfuhr unserer Produkte verschloß. Wo wären wir, sagte er, ohne die neue Politik? Sie hat uns gerettet. Da erinnere ich an eine Aeußerung des Abg. v. Köller vom November 1878 kurz vor dem Decemberbrief des Reichszählers: „Man sagt uns, wenn wir nur erst die Zölle haben werden, wird es besser werden. Nun, m. H., alles kann ich verstehen, aber dieses nicht. Ich bin für indirekte Steuern, weil ich sie zur Erfüllung des finanziellen Bedürfnisses für nöthig halte. Aber zu meinen, daß indirekte Steuern und Zölle die wirtschaftliche Lage des Landes verbessern, das fasse ich nicht.“ Herr v. Heyden hat es gesagt. (Heiterkeit.) Also die alte Politik! Delbrück-Camp-Hausen, bei der der Reichszähler damals noch der Dritte im Bunde war, hat das ganze Unglück gebracht. Allerdings führten wir an Verzehrungsgegenständen mehr ein als aus; aber an Fabrikaten betrug trotz der verschlossenen Grenzen des Auslandes 1872 die Einfuhr 348, die Ausfuhr 846 Millionen; 1873: die Einfuhr 407, die Ausfuhr 760 Millionen; 1874: 405 gegen 755 Millionen; 1875: 373 gegen 777 Mill.; 1876: 342 gegen 746 Millionen; 1877: 312 gegen 775 Millionen; in dem demnachstigen Jahr 1878: die Einfuhr 287, also um 40 Prozent heruntergegangen, die Ausfuhr 829 Millionen, also um 50 Millionen mehr in einem Jahr. Und dabei ist die offizielle Statistik in Bezug auf die Einfuhr sehr genau, in Bezug auf die Ausfuhr nicht, die letztere ist daher in Wirklichkeit erheblich größer. Auch die von Herrn v. Heyden erwähnte Zunahme des Ertrages der Einkommensteuer von 1870—78, also in der Zeit vor der neuen Wirtschaftspolitik spricht für uns; schon unter Camp-Hausen habe ich davor gewarnt, so schwarz in die Zukunft zu sehen, ich bleibe auch heute dabei, daß das Vermögen des Volkes sich thatsächlich vermehrt hat und wir wären schon jetzt aus dem Deficit heraus, wenn nicht der Reichszähler mit rauber Hand in die natürliche Entwicklung hinein-gegriffen hätte. Wir haben seitdem für 900 Millionen Eisenbahnen gebaut.

Der Abg. v. Heyden findet es erfreulich, daß von 1874 bis 1878, also vor der Reichspolitik, die Staatseinkünfte von 1480 Millionen auf 2 Milliarden Mark gestiegen seien. Sowie sich die Herren auf das Gebiet der Zahlen begeben, beweisen sie für uns. Bis jetzt haben wir noch keine gehört, die für Sie beweisen. (Sehr richtig! links.) Was den Etat betrifft, so hat der Minister wenig über das Innere desselben gesprochen. Man weiß nicht, ob die gegebenen Differenz nur calculatorische sind oder dabei auch die Dinge angezogen sind, die in der materiellen Auffassung angezogen werden müssen. Was soll man über den Etat sagen? Genau dasselbe, was ein Fabrikgeschäft am Anfang des Jahres bei seinem Bilanzentwurf sich sagt: Sind die Zeiten gut, machen wir gute Geschäfte, wenn nicht, wird es uns schlecht gehen. Der preussische Staat ist ja jetzt weiter nichts

als ein Fabrikant, ein Bergwerks-, Forstbesitzer u. s. w. Ja, das ist es schreckend, wenn man gar keine Reserve hinter sich legt, sondern nur die Staatsschuld vermehrt und der feste Kern der directen Steuern dagegen immer mehr schwindet. Ich verweise nun besonders in dem Etat den Nachweis, wie die 110 Millionen, die der Minister vom Reiche haben will und ohne die keine Steuerreform, kein Steuererlaß kommen soll, aufgebracht werden sollen. Wir haben jetzt an directen Steuern 146 Mill. Mk., 37 Millionen Mk. sind davon bereits an die Provinzen und für die Kreise verausgabt, davon will ferner der Minister 64 Mill. Mk. weiter abgeben, so daß wir im Ganzen ein directes Steuersystem von 35 Mill. Mk. bei einer Einnahme von 950 Mill. Mk. haben. Meine Herren, das ist der feste Kern. Wird Ihnen denn gar nicht etwas ängstlich bei dieser Politik? (Auf: Nein!) Ja, meine Herren, ich weiß ja, daß die Kühnheit von Jahr zu Jahr wächst. Ein Krieg, eine Calamität wirft Ihr ganzes Staatsgebäude über den Haufen. Nehren Sie zu dem soliden System der directen Steuern zurück! Ich sehe die altpreussischen Traditionen, auf denen der Finanzminister zu stehen glaubt, nicht mehr. (Widerspruch rechts.) Vielleicht bin ich zu naiv oder dumm — aber ich glaube, sie sind leider verloren gegangen. (Sehr richtig! links.)

Ich wundere mich nicht, daß der Abg. Richter die Konsequenzen in seinem Antrage zieht, denn ebenso gut, wie Sie 30 Mill. Mk. borgen können, um den Steuerzahlern ein Vergnügen zu machen, borgen Sie mehr! (Sehr richtig, links.) Sind erst einmal die Illusionen über die Wirtschaftspolitik des Reichszählers vorüber, so wird eine schwere Ernüchterung kommen. Wenn der Finanzminister sagt, das Verwendungs-gesetz zwingt ihn zum Steuererlaß, so weiß ich nicht, ob ich dasselbe richtig aufgefaßt habe, möchte aber Herrn Sachrecht um authentische Interpretation bitten, ob das richtig ist, was der Finanzminister sagte, kein Mensch habe den Gedanken gehabt, daß wir so lange warten sollten, bis der Staatshaushaltsetat in dem Sinne ins Gleichgewicht gebracht wäre, daß die Einnahmen auch die einmaligen Ausgaben deckten. Nein, m. H., vielmehr hat die Staatsregierung selbst die Erklärung abgegeben: erst ein Gleichgewicht im Staatshaushaltsetat. Wenn der Minister aber sagt, wenn wir darauf warten sollten, daß der Staatshaushaltsetat die Mittel giebt zur Bedeckung der einmaligen Ausgaben und des Ordinariums, müßten wir noch 2—4 Jahr ohne Steuererlaß warten, so folgt daraus, daß man so lange auf den Steuererlaß hätte warten müssen, wenn nicht die Anleihe von 30 Mill. Mk. gemacht würde. Und wenn er heißt, weitere Steuererlässe geben zu können, so folgt daraus eine neue Anleihe für das nächste Jahr. Ich weiß nicht, ob das viel Effect machen wird. Wenn ich mir etwas borge, kann ich auch was schenken. (Sehr richtig!) Nun sagt der Minister: die einmaligen Ausgaben hoffe er, werden demnachst aus dem Etat verschwinden. Ich höre hierbei am Ministerstisch ein eigenthümliches Räuschen und wie ich mich umfah, bemerkte ich, daß die Herren sich verwundert gegenseitig betrachteten. (Heiterkeit.) Ja, das ist wieder einmal ein Symptom für die Grundfrage der jetzigen Finanzwirtschaft — ex ungue leonem. Also das Extraordinarium wird verschwinden. Ja, wo soll es denn hin? (Heiterkeit.) Werden wir denn keine einmaligen Ausgaben mehr haben?

Meine Herren, wie ein Bericht aus dem Jahre 1855 ausweist, wurde damals stets die Theorie festgehalten, die uns der College von Veneda, der Vorsitzende der Budget-Commission und ein Finanzpolitiker aus der alten Schule, stets beim Zusammentritt der Commission ins Gedächtnis rufte: „Das Extraordinarium muß 5 pCt. der ordentlichen Ausgaben betragen. Sind die nicht vorhanden und können sie nicht aus den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden, so werden Sie zu einem Deficit gelangen.“ Nach dem angeführten Bericht von 1855 wurde, als innerhalb von 7 Jahren ein Deficit von 12 Mill. Thalern eingetreten war, gesagt: das könne so nicht weiter gehen, der Ruf des preussischen Finanzsystems werde erschüttert, wenn der Staat in 7 Jahren 12 Mill. Thaler leihen muß, um die Extraordinarien zu decken, und es wurde eine Resolution gefaßt, wonach der künftige Staatsregierung gegenüber die bestimmte Erwartung ausgesprochen wurde, daß im nächsten Staatshaushaltsetat die Herstellung des sicheren Gleichgewichts zwischen den dauernden Staatseinnahmen und den laufenden Staatsausgaben hergestellt werde. Die Commission, welche den Bericht abgefaßt hatte, drang, wenn das Gleichgewicht nicht da war, auf Ersparnisse und erst wenn diese nicht kommen würden, wollte sie die Einnahmen erhöhen. Das geschah in der conservativen Zeit. Nun erhofft der Minister das Verschwinden der einmaligen Ausgaben, ich würde ihm gern beistimmen dabei sein, aber gelingen wird es ihm nicht, die einmaligen Ausgaben dieses Etats sind durchaus nicht creditant, sind noch nicht die 5 pCt. des Herrn von Veneda. Was aber die Ausgaben betrifft, so finde ich die Sparmaßnahme, von der der Herr Minister gesprochen hat, in einzelnen Theilen nicht ganz zureichend, z. B. überall, im kleinsten Etat wächst so ein neuer Beamter, bald ein Calculator, bald ein Rath heraus — allerdings nur eine Kleinigkeit — aber verfolgen Sie dieses System, alle Jahr mehr Beamte, trotzdem die Herren von der Rechten behaupten, ihre Reform der Selbstverwaltung werde Ersparnisse herbeiführen.

Im landwirthschaftlichen Ministerium hat man sogar für Bauten und Gehälter einen eigenen Beamten, das scheint mir etwas Luxus zu sein. Ja sogar auf dem Etat der directen Steuern wird ein neuer Vortragender Rath und Calculator gefordert. Sagen Sie lieber dem Herrn Reichszähler, Sie möchten weniger in Projecten arbeiten und sich dieselben im Reichszähleramt ausarbeiten lassen. Seit drei Jahren wird das ganze Land von der Nothwendigkeit einer Steuerreform unterhalten, und nun weiß der Minister eigentlich gar nicht, was er reformieren soll. Ist das auch altpreussisch, ehe man weiß, was man machen will, Reichs- und Landesvertretung immer in Unruhe zu versetzen? In dieser Session, hat der Minister gesagt, würden wir nur eine Denkschrift bekommen. Die Steuerreform hat er nur nebenbei bei der Klassensteuer erwähnt. Ich weiß nicht, ob sie in Arbeit ist. Auch die Forderungen für Bureaudienste, Diäten, Zustkosten müssen energisch beschränkt werden. Sehr aufgefallen ist es mir, daß die im Vorjahr abgeleiteten Functionszulagen für die Vorsteher des Centralbureaus mit je 1200 Mark von Neuem gefordert werden. Uns werden hier Vorwürfe gemacht, daß wir zu viel Ausgaben machen, ich möchte den Herren auf dieser Seite des Hauses vorschlagen, vereinigen wir uns doch einmal gegen diese Vorwürfe, zeigen wir, daß es uns gar nicht darauf ankommt, bei den Ausgabebestimmungen blöde zu sein. Wir werden abwarten, ob wir einen Neuanstoß von jener Seite des Hauses finden. Beim Hauptextraordinarium wollte der Minister im vorigen Jahr nicht einmal 100,000 Mk. ablassen, was thut er nun? Er nimmt sie da hinaus und legt sie unter einen neuen Titel und das Extraordinarium ist um 21,000 Mk. höher. Abgelassen wird nichts, es wird immer mehr gefordert. Sehr schmerzhaft ist es mir aber gewesen — und ich glaube den Herren auf der Rechten auch — daß die Selbstverwaltung nicht einen Beamten weniger gebracht hat. Der Minister des Innern giebt uns gar nichts von seinem Etat, er fordert jetzt noch 400,000 Mk. Dispositionsgelder. Dazu kommt die praktisch politische Bedeutung, daß der Minister eine Reihe von Beamten, die vielleicht noch dienen könnten, zur Disposition stellt und nicht einen einzigen Regierungsbeamten preisgibt. Bejählt des Cultusministeriums will ich hoffen, daß der Cultusminister die schweren Anschuldigungen gegen die Elementarlehrer im vorigen Jahre näher motiviren wird.

Diese Mittheilung hat in meiner Heimath das Ansehen der Elementar-Schullehrer, auf deren Aufrechterhaltung gerade in erster Linie der Herr Cultusminister zu sehen hätte, wesentlich erschüttert (Unruhe). Es war nicht richtig, uns den Nachweis so lange schuldig zu bleiben. Die Herren von der Rechten haben gestern verlangt, es solle im Etat mehr für die Erhöhung der Verwaltungsbeamten angelegt werden, sie sind also für Ausgabevermehrung. Da hat es denn mit Bezug auf die Pensionsfrage der Lehrer auf mich einen eigenthümlichen Eindruck gemacht, daß, wie auf der Königer Lehrerversammlung mitgetheilt wurde, ein armer Lehrer, der 56 Dienstjahre hinter sich hat, fast als Tagelöhner in der Post arbeiten muß, weil er wenig über 300 Mk. Pension bekommt und diese noch nicht empfangen hat. — Nun, meine Herren, die Eisenbahnen! Am auffallendsten war es mir, daß die Rentabilitätsberechnung, die wir uns mit Mühe und Noth zusammengestellt haben, fehlt. Hätten wir diese gehabt, würden wir Aeußerungen, wie sie Abg. v. Heyden gemacht hat, gar nicht bekommen

Haben. Woher weiß denn der Abg. v. Heyden, daß die Eisenbahnen so gut rentiren? In der Budgetcomission vor 2 Jahren wurde festgestellt, daß die Eisenbahnrente von Jahr zu Jahr heruntergegangen ist. Wo ist denn die Besserung? In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ steht 21 Millionen Mark. Der Minister sprach von einem Ueberschuß von 16 Millionen. Wenn sie die Schulden mit 12½ Millionen abziehen, bleiben 3½ Millionen. Nach Berechnung des Abg. Kalle mußten beim Erneuerungsfonds 8 Millionen abgesetzt werden, wo bleiben dann die Ueberschüsse? Die Garantien sind dabei ganz unter den Tisch gefallen. Zum ersten Male, wo die Sache zur Anwendung kommt, sagt man, erst müssen wir Steuererlaß machen, denn der Reichstag steht vor der Thür, also machen wir keinen Reservefonds. (Hört, hört!) Bleiben wir nun aber bei den Grundsteuern, die für die Privatbahnen gelten, und die der Herr Minister früher stiefte durchgeführt hat, so würden die Staatsbahnen einen von 15—16 Millionen höheren Erneuerungsfonds ausstatten müssen, als in diesem Etat. Wir arbeiten also jetzt im Jahre 1881 bis 1882 lediglich auf Kosten der Zukunft und dann werden die Erneuerungsfonds in mehreren Millionen jährlich nachgeholt sein.

Wie sieht es nun aber mit der Berücksichtigung der Industrie? Was sagt der Abg. Berger dazu, daß die Aera des Schutzes der nationalen Arbeit damit anfängt, daß, wie der Herr Minister die Eisenbahn übernimmt, 12 Millionen weniger für Locomotiven verwendet werden. Von April bis September haben wir auf den preussischen Staatsbahnen in diesem Jahr eine Mindereinnahme von 45 M. pro Kilometer. Wie kommt nun der Minister dazu, die Einnahmen jetzt in den Etatansatz für 1881/82 höher anzusetzen, als im vorigen Jahre? Es sind gar keine Anzeichen dafür, daß der Verkehr sich hebt. Ich glaube, der Minister hat auch nicht Alles berücksichtigt, was er jetzt beim Tarifwesen ändern will. Ich denke, es ist in Aussicht genommen, daß die Tarife auf sämtlichen Staatsbahnen jetzt gleichmäßig gestaltet werden. Bezüglich der Tarife will ich hier nur hervorheben, daß die Eisenbahnen im Osten dadurch, daß man die Differentialtarife nicht will, einen erheblichen Ausfall gehabt haben, und Königsberg ist noch heute in schwerer Sorge, ob der Minister die Tarife genehmigen wird, die mit der ostpreussischen Südbahn vereinbart sind. Wunderbar ist nur, daß die Ausnahmetarife in manchen Gegenden ganz gehörig zur Anwendung gebracht werden, z. B. soll jetzt ein Abtarrtarif von der Kohlengrube im Westen nach Holland existiren. Was wird Herr von Kardorff dazu sagen? Ich komme nun auf den Steuererlaß und die Reformpolitik des Ministers Bitter zurück. Ich nehme an, daß der Reichsanwalt in diesem Punkte hinter ihm steht. Wie wenig das Verordnungsgebot den Herrn Minister, jetzt mit dem Steuererlaß vorzugehen, trotz seiner Rede vom vorigen Jahre? Hat denn eine feierlich ergebene Cabinetsordre, welche der Minister hochtrabt, nicht den Charakter eines Gesetzes, wenn das Herren- und Abgeordnetenhaus zugestimmt haben? Die Situation hat sich nicht geändert, was heute gilt, galt auch damals. Herr von Heyden verlangt den Steuererlaß im Interesse der Entlastung der breiten Masse.

Für eine solche Entlastung der breiten Masse haben die Herren auf der Rechten früher nicht geschwärmt, wie die Reden des Herrn v. Minnigerode beweisen. Im Jahre 1875 verlangte der letztere auf der Eisenacher Versammlung eine Reichs-Einkommensteuer, weil eine Vermehrung der indirecten Steuern nur mit großer Vorsicht vorgenommen werden dürfte, wenn sich dieselbe auch für Tabak, Getränke und dergl. empfiele. (Gelächter rechts.) Das ist doch ganz etwas Anderes, als dasjenige, was Sie im Reichstage bewilligt haben. Im Zolltarif steht neben dem Tabak und Getränken, Petroleum, Getreide, Soda, Schmalz, Kaffee u. a. m. An der Ausführung des früheren Programms des Herrn v. Minnigerode würden die Velle von uns mitzubringen bereit gewesen sein, die jetzige Politik aber steht im Widerspruch mit den alten preussischen Traditionen. Sie belastet die große Masse des Volkes, während der jetzt dafür gebotene Steuererlaß gar nicht ins Gewicht fällt, und der untersten Stufe, welche 27 Prozent der Bevölkerung beträgt und gar keine Klassensteuer zahlt, überhaupt nicht zu gute kommt. Der Abg. v. Heyden hat gestern ganz offen die Nothwendigkeit des Steuererlasses mit den bevorstehenden Wahlen motivirt. Nach meiner Ansicht kann die Frage, welche den Wählerversammlungen vorgelegt wird, nur so lauten: Sollen wir uns Geld borgen, um Steuererlässe bewilligen zu können? Eine solche Wahlpolitik, wie die Regierung sie jetzt treibt, kann wahrlich nicht zur Erhöhung ihres Ansehens beitragen. Auch harmonirt es wenig mit dieser Politik, wenn der Finanzminister jetzt vor den Wahlen sich darüber ausspricht, daß der nächste Reichstag 110 Millionen neuer Steuern bewilligen soll, und noch weniger versteh ich, weshalb der Minister solche Eile mit dieser Bewilligung hat. Der Reichstagsantrag ist mir sehr wenig sympathisch; ich habe noch etwas von dem phyllophrischen Anstrich altpreussischer Tradition. (Gelächter rechts.) Ihr Reden läßt mich sehr kühl. Wenn Sie darüber lachen, daß jemand die altpreussischen Traditionen in die Schranken ruft gegen solche Regierungsvorlagen, so charakterisirt Ihr Reden Sie mehr, als ich es mit Worten könnte. (Sehr gut!)

Neugierig bin ich, wie der Minister sich zu dem Antrag Richter stellt. Nach meiner Meinung muß er ihn annehmen; der Abg. Richter ist ja nur Vorwand für die eigenen Intentionen der Regierung. Es ist unrichtig, wenn die conservative Partei jetzt behauptet, man habe die neuen Steuern zum Theil zur Deduktion notwendiger Ausgaben geformt. Es ist ausdrücklich stets versprochen worden, die indirecten Steuern sollen bei Helle und Piennig zu Steuererleichterungen benutzt werden. Bei diesem Versprechen werden wir sie festnageln. In welcher Weise die Regierung die neu geforderten 110 Millionen aufbringen will, verstehe ich nicht. Die Brautsteuer bringt 18 Millionen, die Wehrsteuer 20 Millionen, die Börsen- incl. Quittungssteuer 20 Millionen, das macht zusammen 58 Millionen. Die Branntweinsteuer — für die ich schon deshalb nicht stimmen werde, weil ich dem Finanzminister überhaupt keine neuen Steuern bewilligen will — berechnet Herr v. Kardorff auf 15 Millionen; das macht im Ganzen 73 Millionen. Da die Quittungssteuer nach den Erfahrungen des vorigen Jahres absolut nicht auf eine Majorität im Reichstage rechnen kann, so ist dieselbe in Abzug zu bringen, es bleiben also 63 Millionen, es müßten also noch 47 Millionen aus dem Tabak gewonnen werden. Nennen Sie das Schuß der nationalen Arbeit, wenn Sie die Tabakindustrie, welche 110,000 Arbeiter beschäftigt, nach dem sie kaum zur Ruhe gekommen, von Neuem hegen und auf Neukurs setzten? Die conservative Partei selbst hat den jetzigen Zustand als ein Definitivum geschaffen, und nun erklärt der Finanzminister ganz cavalierment den Tabak für ein sehr steuerfähiges Object. Mit einer solchen Politik muß man unser ganzes industrielles Wirtschaftsleben zerstören. Der Minister sagt, die neuen 110 Millionen sollen ausschließlich zur Ermäßigung directer Steuern verwendet werden. Welche Garantie haben Sie dafür? Wenn der Ministerrat wächst und wir die Steuern dort nicht bewilligen, so nimmt der Reichsanwalt ganz einfach den Betrag in der Form der Matrikularbeiträge von den Einzelstaaten. Aber wenn Sie die 110 Millionen auch wirklich zu Steuererlassen benutzen, in welcher Weise sollen sie verwendet werden?

Der Minister sagt, die vier untersten Klassensteuerebenen sollen außer Hebung gesetzt werden, dreimonatliche Raten Entlastung von Klassen- und Einkommensteuer, Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise. Für 240 Millionen indirecter Steuern ist das sehr wenig. Was die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer betrifft, so wird dieselbe zu einer Entlastung des Grundbesitzes sehr wenig beitragen. Diejenigen Kreise, welche gar keine Kreissteuern haben, bekommen die halbe Grund- und Gebäudesteuer geschenkt und wissen nicht, was sie damit anfangen sollen. Sie werden Gassen bauen, bloß um das Geld unterzubringen. In Preußen beträgt die Gesamtsumme der Kreissteuern 3½ Millionen, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer beläuft sich auf 1½ Millionen, so daß die Hälfte der Kreissteuern erlassen werden kann. Westpreußen hat 2 Millionen Kreissteuern und erhält 1½ Millionen Grund- und Gebäudesteuer. Pommern hat 1,300,000 M. Kreissteuern und erhält 1,700,000 M., das also 400,000 M. Ueberschuß. Posen hat 180,000 M. Kreissteuer und bekommt 1½ Millionen, Schlesien hat 2½ Millionen Kreissteuer und erhält 3½ Millionen, Sachsen hat 989,000 M. Kreissteuer und bekommt 3½ Millionen, Schleswig-Holstein hat 584,000 M. Kreissteuer und erhält 2½ Millionen, in Hannover gleicht sich die Sache ziemlich aus, Rheinland hat 2½ Millionen Kreissteuern und erhält 5 Millionen Grund- und Gebäudesteuer. Nach welchem Maßstabe soll dieses Geld zur Verteilung kommen. In einem unklaren Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es, man werde einen Bedürfnisfond bilden und daraus den Communen etwas geben. Wer soll das vertheilen? Die Kreistage? Das würde eine schöne Wirthschaft werden.

In Danzig stellt sich die Sache folgendermaßen: Wenn die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer überwiehen wird: 18,000 Centen der untersten Stufen zahlen gar keine directe Steuer, diesen kommt also, obwohl sie an den indirecten Steuern erheblich mitabzählen, der Erlaß gar nicht zu Gute. Die zweite Stufe zahlt 11 Mark und würde in Folge der Entlastung 10 M. zu zahlen haben. Der Gewinn der dritten Stufe, welche 21 Mark 6 Pf. bezahlt, würde 1½ Mark für jeden Centen betragen. Ist das der großeartige Erfolg der Reform? Ich selbst beziehe für ein kleines Gütchen von noch nicht 500 Morgen im Neuhäuser Kreise 444 Mark. Durch die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer würde ich 31 Mark weniger zahlen,

das ist die ganze Bescherung. Der Klassensteuererlaß kommt mir gar nicht zu Gute. Nun kommt die andere Frage, ob die Communen ihren Zuschlag bei den unteren Klassen noch erheben dürfen, auch wenn den letzteren die Steuer selbst erlassen ist. Dürfen sie den Zuschlag weiter erheben, so ist dem armen Manne nicht sehr geholfen; dürfen sie es nicht, so muß der Ausfall natürlich den höheren Stufen zur Last fallen, die sich manchmal in größerem Glend befinden, als die untersten. Daß die Staatsverwaltung diese Ausdehnung nimmt, geschieht gegen unseren Wunsch und Willen, die Staatsregierung selbst hat die Reichs- und Steuerpolitik hineingegeben. In diesem Hause existirt, glaube ich, Niemand, der nicht mit Freude und Stolz auf das blickt, was die Nation seit 1870 geleistet hat, und voll Dankbarkeit gegen den großen Staatsmann ist, der an der Spitze der Nation sie zum Siege und zur Verwirklichung ihrer Träume und Ideale geführt. Von mir kann ich es bestimmt und aufrichtig bestätigen. Aber die Pflichten eines Volksvertreters gehen über die Dankbarkeit hinaus. Wir sind hierher geschickt, um unter Mandat nach Pflicht und Gewissen zu üben, nicht um ruhig zuzusehen, wie Herr v. Heyden uns zumuthet, sondern um unsere schweren Gewissensbedenken gegen den jetzt eingeschlagenen Weg auszusprechen. Wo soll das freie Wort noch eine Stätte finden, wenn nicht in diesem Hause? Die Organisation unserer Behörden, ich wiederhole diesen Ausdruck, ist in den letzten Jahren in einer Weise erschüttert, wie nie zuvor, jene fälschliche Bureaucratie, die einst den Staat leitete, ist zum großen Theil zum Schweigen gebracht und ihre Widerstandskraft gebrochen. Männer mit entschiedenem Willen, wenn sie einmal an den Ministertisch gelangen, sitzen bald wieder neben uns auf unseren Bänken.

Ich kann die künftige Staatsregierung nur bitten, den seit 1878 beschrittenen Weg zu verlassen. Wobin kommen wir, wenn der Inhalt unserer Verhandlungen nur in Versprechungen besteht, die den Wählern vor den Reichstagswahlen gemacht werden? Das Meiste von dem, was versprochen ist, hat sich als unerfüllbar erwiesen und der Finanzminister selbst hat das Programm des Reichsanwalters auf ein so enges Maß beschränkt, daß es nur noch einen untergeordneten Werth für die Bevölkerung hat. Wenn wir uns in Versprechungen überheben, werden die gemäßigten Elemente, das gebildete Bürgerthum, sich beunruhigt fühlen und mit Ekel von dem politischen Treiben abwenden, diese wirksamen Stützen der Regierung, die nach ihrem Wesen noch mitten in der altpreussischen Tradition stehen. Wir nehmen den Wettkampf mit ihnen auf, weil wir verpflichtet sind, hier auszuhalten. Zwingen Sie uns aber, in die Reihen des Volkes zu gehen, und auch Versprechungen zu machen — darin sind wir ihnen über, weil wir nicht die Verantwortung tragen, wie Sie auf Ihren Sitzen, sondern nur die, welche jedem Menschen in sein Gewissen geschrieben ist. Wird die jetzige Politik noch 3 oder 4 Jahre lang fortgeführt, dann sind die gemäßigten Elemente widerstandslos gemacht und die Führung fällt den Radikalen zu. (Ob! rechts.) Kann man denn die Socialdemokratie bekämpfen, wenn man die unentbehrlichen Lebensmittel durch Zölle verteuert. Stimmt das mit der Absicht des Reichsanwalters, die Socialdemokratie aus den Köpfen der Menge herauszubringen. Er interessirt sich ja für Laffale und kennt seine Schriften. Ich empfehle ihm die über die Wirkung der indirecten Steuern, die damals kündete und deren Inhalt wir uns ebenso aneignen, wie es die conservativen Regierungen von 1847 und 1873 gethan haben. Noch einmal: Umkehr auf diesem Wege! Oder der Kampf zwischen den Extremen wird unermüdlich und dann werden wir Sie zur Verantwortung dafür ziehen, daß Sie die Bildung einer gemäßigten Partei, auf die sich jede Regierung stützen muß, verhindert und die Führung den Radikalen ausgeliefert haben. Noch ist es Zeit, aber die Umkehr muß bald erfolgen. (Lebhafter Beifall links.) Die Rede des Herrn Abgeordneten hat zwei Stunden gedauert.)

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 13. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bisherigen Consul des Deutschen Reichs für die Samoa- und Tonga-Inseln, Kaufmann Theodor Weber zu Hamburg, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Kreischulinspector Dr. Georg Flügel zu Abdera i. Westf. zum Seminar-director ernannt.

Dem Seminar-director Dr. Flügel ist das Directorat des Schullehrerseminars in Fulda, Regierungsbezirk Kassel, verliehen worden. — Der Regierungs-Baumeister Friedrich Gehardt zu Montjoie (Regierungsbezirk Aachen) ist als königlicher Kreis-Bauinspector daselbst angestellt worden. (R.-Anz.)

© Berlin, 14. Novbr. [Zur Vernunftung des Grafen Haffeld.] Jetzt ist die Sache so geregelt, daß derselbe am 1. Januar hier als Staatssecretär eintreten wird. Herr v. Radowicz dürfte einweilen noch in Athen bleiben, wo seine Anwesenheit von großer Wichtigkeit ist, sobald es aber möglich und nöthig sein sollte, wird er als Nachfolger des Grafen Haffeld nach Konstantinopel gehen. Letzterer wird dort interimistisch so lange vertreten werden.

[Der nationalliberale Verein zu Berlin] hat mit großer Majorität eine Resolution angenommen, welche den Austritt der 28 Abgeordneten aus der nationalliberalen Partei als nothwendig und heilsam anerkennt.

[Marine.] S. M. Aviso „Sabich“, 5 Geschütze, Commandant Corvetten-Capitän Kuhn, hat am 4. November c. auf Funchal-Heide (Madeira) geankert. S. M. Kanonenboot „Nautilus“, 4 Geschütze, Commandant Corvetten-Capitän Schöden, ist am 26. September c. in Melbourne, S. M. S. „Virena“, 19 Geschütze, Commandant Capitän zur See Birjom, am 10. September c. in Cefsoo eingetroffen.

[Verboten auf Grund des Socialistengesetzes] wurde die in der Schweizerischen Vereins-Buchdruckerei Zürich-Hottingen gedruckte und im Verlage des „Socialdemokrat“, Centralorgan der deutschen Socialdemokratie, H. Herter, Industriehalle, Riezbad-Zürich (Schweiz) im J. 1880 erschienene zweite, vermehrte Auflage der nichtperiodischen Druckschrift: „Stieber's Verweis. Geheimchrift zur Sicherung des Briefverkehrs in und mit Deutschland und andern Ländern, in denen die Reaction ihr Wesen treibt. Ferner die Nummern 40 und 42 des Wochenblatts der New-Yorker Volks-Zeitung vom 2. und 16. October 1880.

Provincial-Beitung.

* Breslau, 15. Nov. [Mystification.] Die „Schles. Presse“ veröffentlichte gestern im Sprechsaal eine von Generalleutnant v. Wulffen unterzeichnete Erklärung, welche von den gehässigsten Invektiven gegen die Juden strotzte. Ein geachteter Mitbürger, Herr Carl Schlesinger, Vicefeldwebel a. D., schloß sich zu mehreren, in dieser Erklärung gegen die jüdischen Einjährig-Freiwilligen enthaltenen Beleidigungen auf das Heftigste verlegt und begab sich zu dem Herrn General, um demselben die Frage vorzulegen, ob und welche Genugthuung er für diese auch ihm in seiner Person als Militär zugefügte Beleidigung zu geben geneigt sei. Herr Schlesinger war nicht wenig überrascht, zu erfahren, daß Herr General v. Wulffen keine Ahnung von dem Pamphlet hatte. In der loyalsten Weise gab der Herr General Herrn Schlesinger die schriftliche Erklärung ab, daß er zu dem „Nachwerk“ auch nicht die leiseste Beziehung habe, und ersuchte ihn, dies so schnell als möglich in den weitesten Kreisen zu verbreiten. — Von der Erbitterung, welche gestern in Folge dieser unglücklichen Affaire in unserer Stadt herrschte, kann man sich kaum eine Vorstellung machen, und es war daher um so erfreulicher, daß noch im Laufe des Abends in den, wie jeden Sonntag, zahlreich besuchten verschiedenen geselligen Vereinigungen die energischste Dementirung erfolgen konnte.

Wir haben mit unserem Urtheil über die Unterzeichnung der Antisemiten-Petition gerade von Seiten des früheren Herrn Stadt-Commandanten nicht zurückgehalten, um so rückhaltloser können wir daher nun unser Bedauern ausdrücken, daß der Herr General einer Mystification zum Opfer fiel, die ihm die Veröffentlichung einer derartigen, seinem gesammten Inhalt nach geradezu ungläublichen Schmäh-schrift imputirte.

Mit General v. Wulffen sind wir der Ansicht, „daß das Pamphlet ein Schurkenstück ist, dessen Ursprung zu erfahren, Jedermann, er mag Jude oder Christ, Liberaler oder Conservativer sein, die Pflicht hat.“

— Breslau, 14. Novbr. [Versehung.] Der dem Collegium der Regierung zu Oppeln seit dem Jahre 1874 angehörige Regierungs- und Medicinalrath Dr. Pistor ist von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten in die erledigte Medicinalrathsstelle bei der königl. Regierung zu Frankfurt a. d. O. versetzt worden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Koblenz, 13. Novbr. Der commandirende General des 8. Armee-corps, General von Goben, ist heute Abend gestorben.

Sifenach, 14. Novbr. Die Delegirten-Versammlung der deutschen Gewerbetekammer war von Bremen, Chemnitz, Dresden, Hamburg, Leipzig, Lübeck, Ludwigshafen, München, Nürnberg, Sonneberg, Stuttgart, Weimar, Zittau besetzt. Ins Präsidium wurden Below (Bremen), Brehmer (Lübeck) gewählt.

Wien, 13. Novbr. Meldung der „Polit. Corresp.“ aus Konstantinopel: Die Pforte hat von Dervisch Pascha ziemlich befriedigende Nachrichten erhalten. Mehrere albanesische Häuptlinge sollen für die Abtretung Dulcignos gewonnen sein, jedoch sei die Stimmung der Massen noch immer feindselig. — Die Pforte hat den meisten in Griechenland erscheinenden Journalen den Eingang in die Türkei unterlag.

Wien, 13. Novbr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Finanzminister eine Reihe von Gesetzentwürfen ein, darunter Vorlagen über die Abänderung der Steuermanipulationsgesetze und über die Stempelgebührengesetze, ferner über die Vergrößerung der Zucker-, Kaffee-, Spiritus- und Bier- Steuern. Dieselben wurden sämtlich dem Finanzausschuß überwiesen. — In beiden Häusern des Reichstags wurde protokolllarisch die Teilnahme für die croatische Schwärmeration anlässlich der Katastrophe in Agram ausgesprochen. Der Ministerpräsident Tisza machte die Mittheilung, daß dem Vauus von Croaten auch materielle Mittel zur Verfügung gestellt worden seien. Das Oberhaus genehmigte den croatischen Ausgleich.

Agram, 13. Novbr. Seit gestern sind irgendwelche Erdschütterungen nicht mehr vorgekommen; die Beruhigung ist allgemein zurückgekehrt. Das vom Gemeinderath gewählte Unterstützungs-Comité hat sich constituirt und eine Aufforderung an die Geschädigten erlassen, sich zu melden. — Die „Agramer Zeitung“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß das Generalcommando keineswegs zu übersiedeln beabsichtigt.

Paris, 13. Novbr. Die Deputirtenkammer wählte heute die Mitglieder der Commission, welche den Antrag, betreffend die Untersuchung der Affaire Eiffel, verathen soll. Sämtliche Mitglieder der Commission, mit Ausnahme eines einzigen, sind für den Antrag. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begann die Kammer die Verathung der Vorlage, betreffend die Reform des Richterstandes. — Der Erzbischof von Tours beantragte bei der Regierung die Ermächtigung, anlässlich der Ausführung der Märzdecrete eine Sühne-Prozession zu veranstalten. Die Regierung lehnte den Antrag ab.

Paris, 13. Novbr. Der Deputirte Baudry d'Asson beabsichtigt die Quästionen der Deputirtenkammer wegen ungezügelter Freiheitsveräußerung gerichtlich zu verfolgen. — Das hiesige Zuchtpolizeigericht hat mehrere Personen wegen Beamtenbeleidigung und aufrührerischer Rufe bei der am 5. d. M. hier erfolgten Ausführung der Märzdecrete verurtheilt. Unter den Verurtheilten befinden sich Cochin, Vicomte Lajus, Vicomte Amelot und Marquis Boishebert; Ersterer wurde zu einer einmonatlichen, die anderen drei zu einer fünfzehntägigen Gefängnißstrafe verurtheilt.

London, 14. Nov. Bei einer gestern in Bristol stattgehabten Festlichkeit hielt Northcote eine Rede, in welcher er erklärte, im Berliner Vertrage an sich sei nichts von einer Abtretung Dulcignos, noch von dem in diesem Sommer beschlossenen Arrangement, betreffs Griechenlands, enthalten; er misbillige alle Zwangsmahregeln, obwohl er wünsche, daß die Pforte ihre Verpflichtungen erfülle. Die Flottendemonstration sowie die verbotene Herstellung des europäischen Concerts sei ein Mißerfolg; England wolle keinen Krieg für Griechenland. Redner spricht sich tadelnd über die in Bezug auf Island besetzte Politik aus und glaubt, daß sowohl Wicks wie Tories — letztere unter allen Umständen — Gegner des Radicalismus seien.

London, 14. November. Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Leberau von gestern gemeldet: Die persischen Truppen haben die Stadt Soorbulagh am 10. d. eingenommen. In der Umgegend der Stadt liegen gegen 2000 unbedingte Leichen. Der Kurdenhäuptling Scheich Dedeullah hat mit seinen Truppen etwa 12 Meilen von Urumiah entfernt ein verschanztes Lager bezogen. Gerüchtheile verlauten, daß sein Sohn Sadeef schwer verwundet sei. In Urumiah herrscht großer Mangel an Lebensmitteln. Die Nachricht, daß der bisherige Oberbefehlshaber der persischen Truppen, Hissmet Dowlat, gestorben ist, bestätigt sich. General Syah Salari ist heute nach Kabreez abgereist, um den Oberbefehl über die persischen Truppen zu übernehmen.

Dublin, 13. Novbr. In der Grafschaft Wimerick ist gestern der Verwalter eines Landgutes ermordet worden.

Petersburg, 14. Novbr. Der Rücktritt des Finanzministers Greigh, sowie die Ernennung des Wirl. Geh. Rath's von Abaza an Stelle desselben wird heute amtlich publicirt.

Konstantinopel, 13. November. Die türkischen Offiziere, welche sich gegen den deutschen Botschafter Grafen von Haffeld ungebührlich benommen hatten, sind vom Kreisgericht zur Degradation und zu einjährigem Gefängniß verurtheilt worden.

Athen, 14. Nov. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer erschieben der Ministerpräsident Kuminoburos mit den von Tricoupis verlangten diplomatischen Actenstücken. Letzterer vertheidigte auf die Veröffentlichung derselben, welche den Interessen Griechenlands nachtheilig sein könnte, erklärte aber, daß er nicht ohne Beweise angeklagt werden wolle. Kuminoburos erwiderte darauf, er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Tricoupis seiner Zeit als Ministerpräsident eigenmächtig gehandelt habe, indem er die Armee mobilisirte und die Kammer einberufen habe. Die internationalen Beziehungen hätten solche Maßregeln nicht gerechtfertigt. Der Redner schloß mit der Erklärung, daß er die verlangte öffentliche Vorlegung der Actenstücke nicht ausführen werde. Die Kammer erklärte sich hiermit einverstanden.

Brüssel, 13. November. Die Nationalbank hat den Discout von 3 auf 3½ pCt. erhöht.

Der allgemeine Parteitag der Deutschen in Oesterreich.

Wien, 14. Novbr. Der heute hier abgehaltene vierte deutschösterreichische Parteitag war von etwa 3000 Theilnehmern besucht und wurde von Dr. Kopp eröffnet, welcher die Versammlung mit warmen Worten begrüßte. Dr. Kopp dankte für die überaus rege Theilnahme und hob hervor, daß in einer schweren Zeit, wie die jetzige sei, nicht nur die Volksvertretung, sondern das Volk selbst die Politik in die Hand nehmen müsse. Die Versammlung habe das Recht auszutreten gegen die Regierung, die sich auf eine deutschfeindliche Partei stütze. Das Deutschthum müsse geschützt werden als der Anfang und das Ende des Reiches, das Deutschthum allein sei zur Erhaltung des Reiches fähig. Die Deutschen Oesterreichs müßten einig sein und sich des Deutschthums annehmen, wo immer es angegriffen werde. Nachdem hiernächst auf den Antrag Sturm's Dr. Kopp zum Vorsitzenden und der Bürgermeister von Wien, Graz, Linz, Innsbruck, Reichenberg und Smütz zu Stellvertretern des Vorsitzenden durch Acclamation gewählt worden waren, hieß der Bürgermeister von Wien, Dr. Newald, die Versammlung in einer herzlichen Ansprache willkommen. Dr. Schmeykal begründete sodann in langer, wiederholt von Beifall unterbrochener Rede die erste der vorgeschlagenen Resolutionen. Derselbe suchte die Berechtigung der von den Deutschen Oesterreichs gehegten Befürchtungen nachzuweisen und darzuthun, daß es sich nicht, wie gegnerischerseits behauptet werde, um einige Schreier handle, sondern daß die Unzufriedenheit durch die gesammte deutsche liberale Bevölkerung gehe, und daß der Widerstand der Deutschen der Regierung gegenüber ein durchaus gerechtfertigter sei.

